

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhändler und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheinungstag: Sonntag. — Anschlag Nr. 52.

Abbestellung der Anzeigen und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheinungstag: Sonntag. — Anschlag Nr. 52.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 12

Freitag, den 15. Januar 1932

27. Jahrgang

Die Zwietracht in der Präsidentschaftsfrage

Neue Momente — Volksbegehren und Volksentscheid?

Die Besprechungen

Berlin, 13. Januar. Wie in politischen Kreisen verlautet, haben am Nachmittag in parlamentarischen Kreisen Besprechungen darüber stattgefunden, wie die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg am zweckmäßigsten einzuleiten sei. Es scheint, daß man es zunächst für das Richtige hält, die Dinge nicht zu überhastigen, sondern vorerst eine Beruhigungspause einzulegen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Wiederaufstellung des Reichspräsidenten von Hindenburg unter allen Umständen kommen wird, nur dürfte nach der Auffassung der beteiligten Kreise die ganze Frage in einer viel ruhigeren und würdigeren Form gelöst werden, wenn man einige Zeit ins Land gehen läßt. — Der Termin, bis zu dem die Neuwahl des Reichspräsidenten vollzogen werden muß, steht fest. Er läßt für die Vorbereitungen genügend Zeit, jedoch man mag sich auch überlegen, ob die Komitierung aus dem Parlament oder auch in anderer Form durch einen mehr unpolitischen Volksausschuß der beste Weg zur Erreichung des Zieles ist. Politische Kreise rechnen übrigens nicht damit, daß das Volksbegehren des Jungdeutschen Ordens zur Auswirkung kommt, schon deshalb nicht, weil bis zur Erfüllung, der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen die Volkswahl bereits durchgeführt sein wird.

Berlin, 13. Januar. Im Reichstag fand am Mittwochabend die bereits angekündigte Besprechung von Mitgliedern der Mittelparteien über die Volkswahl des Reichspräsidenten von Hindenburg statt. Es handelte sich wie schon am Dienstag um private Besprechungen interessierter Politiker, also nicht etwa um Verhandlungen der Parteien. Dabei ergab sich, wie bereits bei den Besprechungen am Dienstag Einigkeit darüber, daß die Aufstellung und Wahl Hindenburgs als gemeinsamer Kandidat des ganzen Volkes ein erstrebenswertes Ziel auch im Hinblick auf die Außenpolitik sei. Gleichzeitig kam jedoch, wie das Nachrichtenbureau des V.D.Z. hört, zum Ausdruck, daß die Parteien keinen Schritt in dieser Richtung unternehmen könnten, weil dadurch der Erfolg nur gefährdet werden könne. Man würde es natürlich begrüßen, wenn andere Kreise, die parteimäßig nicht gebunden sind, die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatur Hindenburgs übernehmen.

Reichspräsidentenwahl am 13. März?

Berlin, 13. Januar. Die „Germania“ beschäftigt sich mit dem Versuch, durch einen überparteilichen Ausschuss eine Sammlung des deutschen Volkes und seiner Parteien auf die Kandidatur des gegenwärtigen Reichspräsidenten vorzubereiten und durchzuführen. Sie schreibt dazu: Je nach dem Ausgange dieses Versuches wird es unter Umständen notwendig werden, den Reichstag früher einzuberufen, als es bisher vorgesehen ist, damit er den Termin für die Präsidentschaftswahl festlegen kann. Als Termin wird vorläufig der 13. März genannt.

Volksbegehren über die Amtsverlängerung Hindenburgs beantragt

Berlin, 13. Jan. Wie wir erfahren, hat die jungdeutsche Bewegung schon beim Reichstagsminister einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs eingereicht. Diesem Antrag soll sich auch die Volkshationale Reichsbewegung angeschlossen haben. In einem Aufruf appelliert der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Wahrenau, an die anderen Verbände und Bünde, sich diesem Volksbegehren anzuschließen.

Wahrenaus Aufruf zur Amtsverlängerung Hindenburgs

Berlin, 13. Januar. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Wahrenau, hat im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs folgenden Aufruf erlassen: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat seine Bereitschaft erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiter zu führen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung geben würde. Der Verlust, eine solche Mehrheit zustande zu bringen, ist gescheitert. In der Erörterung einer Volkswahl Hindenburgs treten die Gegensätze der Parteien bereits erneut in der Vordergrund, und es liegt die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entbrennt, wessen Kandidat der Reichspräsident von Hindenburg ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, welche das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegensätze in seinem Glauben an Hindenburg besitzt. Die jungdeutsche Bewegung hat daher bei der zuständigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf die Volkswahl über folgendes Geheiß beantragt: Unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsverlängerung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert.“

Die jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Gen-

derinteressen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volksbegehrens sowie des nachfolgenden Volksentscheides mitzuarbeiten.“

Nationalsozialisten drohen mit einem eignen Kandidaten

Frick's Kampfansage an das Kabinett Brüning

München, 13. Jan. Bei einer nationalsozialistischen Kundgebung in der Augäuer Tierzuchtställe, an der etwa 2000 Personen teilnahmen, sprach der ehemalige thüringische Staatsminister Dr. Frick über das Thema: „Der Weg zur Freiheit“. Im Rahmen seiner Ausführungen beschäftigte sich der Redner auch mit der Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg und führte dabei u. a. aus: Beim nächsten Zusammentritt des Reichstages werden die Nationalsozialisten drei Anträge einbringen: Mißtrauen gegen den Reichskanzler Dr. Brüning und das Reichskabinett, Auflösung des Reichstages und Aufhebung der Notverordnung vom 8. Dezember. Sollte aber Reichskanzler Brüning noch einmal von diesem Reichstag gestützt werden, dann gebe es nur eine Gelegenheit für die Nationalsozialisten, um der Diktatur ein Ende zu bereiten, und das sei

der Tag der Reichspräsidentenwahl. Das Maß werde voll, wenn nicht nach Lausanne vom deutschen Volke selbst das Ende Brüning's herbeigeführt werde. Man bleibe den Nationalsozialisten mit nationalen Kandidaturen vom Leibe, von denen sie schon so große Enttäuschungen erlebt hätten. Für heute, erklärte der Redner im Wortlaut weiter, die nur mit dem Herzen bei uns sind und sich nicht zu uns bekennen, bedanken wir uns. Daran wählen wir einen Mann aus unseren Reihen,

auf den wir uns verlassen können, das für den Fall, daß das Kabinett Brüning nicht vorher verschwindet. Wenn die nationale Opposition an die Regierung tritt, kann man sehr wohl anders verfahren.

Ob diese Äußerungen Fricks als unbedingt authentisch anzusehen sind, steht natürlich noch dahin. Sind sie das, so wäre Klarheit über die Haltung der Nationalsozialisten dahin geschaffen: daß sie sich in keiner Weise an Hindenburgs Wiederwahl beteiligen wollen, solange die Regierung Brüning im Amte ist. Kommt unter Brüning die Volkswahl, dann wollen sie sogar einen eigenen Kandidaten aufstellen; genannt hierfür wird schon seit längerer Zeit der General v. Epp. Dagegen würden die Nationalsozialisten gegen Hindenburg nichts mehr einzuwenden haben, wenn Brüning gestürzt wäre und sie selbst ans Ruder gelangt wären. Hindenburg selbst wird allerdings kaum Neigung haben, sich mit solchen Bedingungen abzufinden.

Neues Kabinett Laval gebildet

Laval beauftragt

Paris, 13. Januar. Der Präsident der Republik hat Laval mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Paris, 14. Jan. Um 1 Uhr früh (deutscher Zeit) ist das dritte Kabinett Laval gebildet worden. Ministerpräsident Laval übernimmt mit der Ministerpräsidentenschaft auch das Ministerium für Auswärtiges. Der bisherige Landwirtschaftsminister Tardieu übernimmt für den verstorbenen Maginot das Kriegsministerium. Der bisherige Unterstaatssekretär im Innenministerium, Cathala, wird Innenminister und der bisherige Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Fould, wird Landwirtschaftsminister. Alle übrigen Ministerposten bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber.

Die Bemühungen zur Kabinettsbildung

Paris, 13. Januar. Laval hat, nachdem er den Präsidenten des Senats und der Kammer einen Besuch abgestattet hatte, sich zum Quai d'Orsay begeben, wo er mit Briand verhandelte. Laval kehrte alsdann ins Innenministerium zurück, wo er mit Tardieu verhandelte. In dessen Begleitung verließ er das Innenministerium um 21.50 Uhr französischer Zeit und kündigte an, daß er um 22.30 Uhr wieder ins Innenministerium zurückkehren würde, wohin er

auf 22.45 Uhr die Mitglieder seines bisherigen Kabinetts bestellt hat.

In einer Auslassung der Agentur Havas wird erklärt, daß Laval sich bemühe, im großen und ganzen das Kabinett wieder zu bilden, dessen Vorsitz er bisher geführt hat. Die Lösung der Ministerkrise müsse namentlich wegen der bevorstehenden außenpolitischen Aufgaben rasch erfolgen und aus diesem Grund wolle Laval sich darauf beschränken, das Innenministerium und das Kriegsministerium neu zu besetzen. Laval würde also neben der Ministerpräsidentenschaft das Innenministerium und Tardieu wie bisher das Landwirtschaftsministerium behalten. Einer der freigewordenen Ministerposten sei Senator Barthou angeboten worden, der jedoch abgelehnt haben soll. Gegen Abend glaubte man allgemein, daß Laval das Außenministerium Senator Paul Boncour und das Kriegsministerium dem Abgeordneten Fabry anbieten dürfte.

Paris, 13. Januar. Senator Paul Boncour hat das Angebot Lavals, als Nachfolger Briands das Außenministerium zu übernehmen, abgelehnt; wie Havas zu wissen glaubt, dürfte nunmehr Laval selbst außer der Ministerpräsidentenschaft und dem Innenministerium, das er in seinem früheren Kabinett innehatte, auch noch das Außenministerium übernehmen.

Fortsetzung der Vorbereitungen für Lausanne

Berlin, 13. Jan. Wie wir erfahren, sind heute die Ressortbesprechungen über die Reparationsfrage wieder aufgenommen worden. Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts setzt seine Beratungen fort und wird dafür auch noch die nächsten Tage gebrauchen, damit die Vorbereitungen der Lausanner Konferenz in diesem engeren und deshalb besonders arbeitsfähigen Kreise möglichst weit vorwärtsgetrieben werden, ehe das Kabinett als Ganzes sich mit den Dingen beschäftigt. Die eigentlichen Kabinettsberatungen werden demnach erst wenige Tage vor dem Beginn der Lausanner Konferenz einsetzen.

Die Stillhalteverhandlungen

Berlin, 13. Jan. In den Berliner Stillhalteverhandlungen ist eine sehr erhebliche Annäherung der Standpunkte der Verhandlungsparteien zu verzeichnen, doch eilen die Kombinationen, daß man unmittelbar vor Unterzeichnung des Stillhalteabkommens stünde, den Tatsachen voraus. Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz, Dr. Seibels, Direktor Schlieper und Geheimrat Kasi,

haben inzwischen den erweiterten deutschen Stillhalteauschuß über den Gang der Verhandlungen unterrichtet, wobei auch das schweizerische Projekt der Freigabe bestimmter Beträge in Markform bei Wiederanlage mit Sperrfrist besonders eingehend erörtert worden ist. Man hat den Eindruck, daß bei Aufstellung eines neuen Stillhalteabkommens auf Basis der bisherigen Verhandlungen eine Gefährdung des Devisenbestandes weitgehend ausgeschaltet wird.

Diskonterhöhung in Belgien

Brüssel, 13. Jan. Die Belgische Nationalbank hat ihren Diskontsatz von 2½ auf 3½ Prozent erhöht.

Eine kanadische Stimme für Revision der Reparationszahlungen

New York, 13. Jan. In der kanadischen Presse erklärt der Gouverneur der Handelsbank von Kanada, Sir John Aird, es sollte jedem, namentlich in Frankreich, verständlich erscheinen, daß eine Revision der Kriegsschuldenszahlungen gerechtfertigt sei, nachdem der allgemeine Wiedergang den Young-Plan noch drückender gestaltet habe als den Dawes-Plan. Eine Nation wie Deutschland könne nicht im Zustand der Armut gehalten werden, ohne daß